(KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Dieter Wermuth: Schwarzer Montag**
   Am Montag sind die Aktienmärkte im freien Fall. Die Wahrscheinlichkeit einer amerikanischen Rezession hat sich in den letzten Tagen und Wochen stark erhöht, und mit ihr die Wahrscheinlichkeit, dass es auch im Rest der Welt schlechter laufen wird als gedacht. Es wird nur noch darüber diskutiert, wie expansiv die Wirtschaftspolitik sein muss, um eine Rezession zu verhindern, nicht mehr darüber, ob es überhaupt zu einer Rezession kommen wird.
   Quelle: Zeit Herdentrieb
2. **Robert von Heusinger: Nicht zocken, nachdenken!**
   Jetzt noch schnell Aktien verkaufen? Oder neues Geld in den Aktienmarkt stecken, nachdem der Dax optisch günstig ausschaut? Die Frage stellt sich für Zocker, für langfristige Anleger ist sie müßig. Wer für seine Altersvorsorge regelmäßig Geld in Aktienfonds anspart und nicht alles auf diese riskante Form der Anlage setzt, sollte einfach die nächsten Wochen nicht auf den Börsenteil der Zeitungen schauen.
   Quelle: FR

   Anmerkung: *Heusinger – verlässlich wie meist. Was sonst so erzählt wird zum Aktien-Crash, bei SpiegelOnline z.B., ist unerträglich.*

3. **Gustav Horn (IMK): "Der Aufschwung ist vorbei"**
   Von einer technischen Reaktion kann überhaupt keine Rede sein. Vielmehr drückt sich schon seit Jahresbeginn die Skepsis vieler Anleger über die globalen Konjunkturaussichten in fallenden Kursen aus. In der Börsenkrise der Jahre 2000/2001 hat sich gezeigt, dass eine Krise an den Finanzmärkten schnell auf die reale Wirtschaft durchschlagen kann. Als erstes betroffen davon sind die Unternehmen, die sich nicht mehr so leicht mit Kapital eindecken können.
   Quelle: Berliner Zeitung
4. **Die Strafe: Sechs Monate ALG II**

Satire und Realität: Unter großer Beteiligung fand in Frankfurt am Main das »Hartz-IV-Tribunal« statt. – Schuldig im Sinne der Anklage. Die Jury des »Hartz-IV-Tribunals« sprach dieses Urteil im Namen des Volkes, das am Freitag abend im Frankfurter Gewerkschaftshaus mit 150 Zuschauern vertreten war, die der Begründung applaudierten: Die ehemalige Bundesregierung aus SPD und Grünen und die jetzige große Koalition hätten mit der Hartz-IV-Gesetzgebung gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und die hessische Verfassung verstoßen, die nach Artikel 27 »die menschliche Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Staates« stellt. Die Strafe: sechs Monate Arbeitslosengeld II.
Quelle: Junge Welt

5. **Zahl der Doppeljobber in Deutschland steigt**
   Allein im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Doppeljobber um rund 100.000 erhöht. Meist üben sie neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch einen Nebenjob bis 400 Euro im Monat aus. Zugleich steigt die Zahl derjenigen, die durch Kombination mehrerer Minijobs sozialversicherungspflichtig werden. Hinzu kommen 150.000 – 200.000 Menschen die mehrere sozialversicherte Jobs gleichzeitig ausüben.
   Quelle: DGB
6. **Geschönte Arbeitsstatistik: Wer kein Angebot bekommt, ist auch nicht arbeitslos**
   Künftig soll nicht mehr der Arbeitslose über seine Zählung entscheiden, sondern die BA. Statistisch nicht mehr arbeitslos soll sein, wer zwölf Monate kein Arbeitsangebot bekommen hat. Begründet wird dies damit, dass, wer kein Angebot erhalten hat, nicht verfügbar war oder sein wollte. Damit werde aber das Fehlen von Arbeitsplätzen zum Ausschlusskriterium, kritisierte die BA in ihrer Stellungnahme. Die Behörde werde damit der Statistikmanipulation ausgesetzt.
   Quelle: FTD

   Anmerkung: *Interessant ist auch: Allein bis Oktober 2007 haben rund 207.000 Bezieher des Arbeitslosengeldes I die "58er-Regel" in Anspruch genommen. Beim Arbeitslosengeld II, so schätzt die BA, könnten es rund 100.000 gewesen sein.*

7. **Arbeiten bis 65 – längst noch nicht die Regel**
   Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zur Erwerbstätigkeit etwas Älterer.
   Quelle: IAB [PDF – 1,7 MB]

   Anmerkung: *Zwei Punkte sind besonders interessant.*

- **Die geringe Beschäftigungsquote von Menschen in den Fünfzigern:**

  > Mitte 2 004 betrug die Beschäftigungsquote der 55- bis 59-jährigen Männer 47,9 Prozent
  > im Westen und 44,7 Prozent im Osten. Damit waren in beiden Landesteilen nicht einmal die Hälfte der betrachteten Personengruppe sozialversicherungspflichtig beschäftigt, und das, obwohl im Zähler der Quote auch die Personen enthalten sind, die sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit oder in Beschäftigung schaffenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befanden. Zwischen den westdeutschen Agenturbezirken schwankt die Beschäftigungsquote der 55- bis 59-jährigen Frauen stärker (20,5% bis 46,3%) als zwischen den ostdeutschen (39,6% bis 53,8%).

- **Der interessengeleitete Umgang mit Statistik:**

  > Durch den längeren Verbleib im Erwerbsleben ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der über 60-Jährigen von 2000 bis 2 004 gestiegen, aber auch deren Arbeitslosigkeit. Letzteres ist nur zu erkennen, wenn man die verdeckte – in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht erfasste – Arbeitslosigkeit in Form des erleichterten Leistungsbezugs nach § 428 SGB III in die Betrachtung mit einbezieht.

8. **»Riestern« kann Rente nicht ersetzen**
   Wer als Durchschnittsverdiener immer voll »geriestert« hat und im Jahre 2021 mit 45 Beitragsjahren in Rente geht, erreicht ein Gesamtsicherungsniveau vor Steuern von lediglich 50,2%. Das ist deutlich weniger als die gesetzliche Rente vor dem Systemwechsel alleine geleistet hat. Dabei wird die Entwicklung des Sicherungsniveaus mit mehreren Tricks geschönt. So wird, was bislang als ungeförderte Vorsorge etwa aus einer Lebensversicherung der Aufbesserung der Rente diente, jetzt als Leistung aus geförderter Altersvorsorge einfach einkommenserhöhend für das Gesamtniveau umgebucht. Aus der vormals ergänzenden

privaten Altersvorsorge wurde nur ein schlechter und teurer Teilersatz für bisherige Leistungen der Rentenversicherung. Die ganze Rechnerei unterschlägt zudem, dass die soziale Rente auch das Invaliditäts- und Todesfallrisiko abdeckt; dafür anfallende Renditeabschläge nimmt man bei der politischen Bestimmung des »Riester-Niveaus« aber nicht vor. Das alles dient dem Hype der Privatvorsorge – und da werden schon mal gerne Äpfel mit Birnen verglichen.
Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen

9. **Lucas Zeise: Genug geriestert**
Dass die Armen stärker zur eigenen Alterssicherung herangezogen werden, ist beabsichtigter Bestandteil jener Rentenreform. Sie machte die Alterssicherung in Deutschland durch eine Reihe von Maßnahmen systematisch ungleicher. Zum einen wurde Arbeitgebern ein Beitragsrabatt auf die zuvor paritätisch finanzierte Rente gewährt. Die Kürzung der Ansprüche traf die Arbeitnehmer. Zudem wurden die Rentenansprüche der Arbeitslosen besonders stark reduziert. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt an die Rentenkasse nur noch einen Minimalbetrag.

   Der Staat fördert also vor allem die Altersvorsorge bei jenen, die es weniger nötig haben. Die Bundesregierung aber misst den Erfolg des Riester-Modells an den mehr als zehn Millionen abgeschlossenen Verträgen. Die jährlichen Steuerausfälle, die aus der Begünstigung dieser Verträge resultieren, schätzt die Regierung auf 12,5 Mrd. Euro im Jahr.

   Besser ist es, die Riester-Rente als Irrweg einer von der Finanzlobby verführten Bundesregierung auslaufen zu lassen und abzubauen. Stattdessen sollte das bewährte Umlagesystem gestärkt werden. Es ist dann robust, wenn die Arbeitslosigkeit einigermaßen begrenzt werden kann.
   Quelle: FTD

10. **Trotz einer Tariferhöhung in vielen Branchen haben Arbeitnehmer im Jahr 2007 reale Lohneinbußen hinnehmen müssen – zum vierten Mal in Folge**
Die Einkommen seien im vergangenen Jahr um fast ein Prozent gesunken, teilte das gewerkschaftsnahe WSI-Tarifarchiv am Montag in Düsseldorf mit. Zwar legten die Bruttoeinkommen den Angaben zufolge im Schnitt um 1,3 Prozent zu. Die Lebenshaltungskosten stiegen mit 2,2 Prozent aber deutlich schneller. Die durchschnittliche Tarifsteigerung belief sich im vergangenen Jahr laut Tarifarchiv auf 2,2 Prozent. “Real sind die Einkommen also um fast ein Prozent gesunken”, sagte der Leiter des Tarifarchivs, Reinhard Bispinck. Während die exportorientierten Branchen erneut Steigerungen oberhalb der Preissteigerungsrate zu verzeichnen hätten, lägen

die Tarifzuwächse in den binnenmarktabhängigen Bereichen zum Teil weit darunter.
Quelle 1: FTD
Quelle 2: WSI

11. **Arbeitnehmerverdienste: Deutschland im EU-Vergleich auf vorletztem Platz**
Kaufkraftbereinigt sind die Arbeitnehmerverdienste in Deutschland seit der Jahrtausendwende nur um rund ein Prozent gestiegen. Damit liegt Deutschland in der EU auf dem vorletzten Platz, wie eine Berechnung des WSI zeigt. Deutschland heize die lohnpolitische Konkurrenz in ganz Europa an.
Quelle: Böckler-Impuls

Dazu:

Markus Sievers: Zeit für die Lohnwende
In Deutschland herrscht seit Jahren Ausnahmezustand: bei den Einkommen der Beschäftigten, während die Firmengewinne gestiegen sind. Das Mega-Tarifjahr 2008 muss die Rückkehr zur Normalität bringen.
Quelle: FR

12. **Jeder achte Bürger von Armut bedroht**
Die Kluft wird größer: In Deutschland wächst der Abstand zwischen Arm und Reich – schneller als im Rest Europas. Inzwischen ist jeder achte akut von Mittellosigkeit betroffen. Vor allem für Ältere steigt das Risiko.
Quelle 1: SPIEGEL-ONLINE
Quelle 2: Statistisches Bundesamt

Anmerkung Roger Strassburg: *Etwa 12% der Bevölkerung ist von Armut bedroht. Ohne Sozialtransfers wären es laut Butterwegge 26%. Also ist jeder vierte auf Sozialtransfers angewiesen. Das zeigt, wie wichtig diese wirklich sind, und dass sie offenbar nicht ausreichen, um Armut zu verhindern. Wie würden diese Zahlen aber aussehen, wenn es einen Mindestlohn gäbe?*

Siehe aber:

Hartz IV hat Deutsche nicht ärmer gemacht
Knapp 13 Prozent der Deutschen leben in ärmlichen Verhältnissen. Anders als oft behauptet hat jedoch die Einführung von Hartz IV nicht zu einer Zunahme der Armut geführt. Insgesamt stehen die Menschen in Ostdeutschland schlechter da als im Westen.

Quelle: Welt

Dagegen allerdings das Nürnberger IAB:
Bei der weit überwiegenden Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger brachte Hartz Einkommensverluste
Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) legte eine Auswertung von Daten und Modellrechnungen zum Übergang und zum Verbleib von Arbeitslosenhilfeempfängern nach der HartzIV-Reform vor. Nach Auswertung methodisch unterschiedlicher Studien brachte Hartz bei der weit überwiegenden Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger Einkommensverluste. Darüber hinaus hätten 15-25 % der früheren Arbeitslosenhilfebezieher nach der Hartzreform
überhaupt keinen Anspruch auf weitere Leistungen mehr. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen habe sich nur geringfügig geändert, allerdings seien Umverteilungswirkungen zwischen ehemaligen Sozialhilfeempfängern zu Lasten der früheren Arbeitslosenhilfeempfänger festzustellen.
Quelle: NachDenkSeiten

13. **Zeitarbeit in Deutschland: In vielen Großunternehmen gängige Praxis**
Die Leiharbeit boomt und verändert ihren Charakter. Eine wachsende Zahl von Betrieben nutzt sie intensiv und macht sie zu einem festen Bestandteil der Personalstrategie – auch wenn kurzfristigen Vorteilen längerfristig Risiken gegenüberstehen. Aussicht auf eine stabile Beschäftigung haben nur wenige Leihkräfte.

Immer mehr Entleih-Unternehmen stocken die Zahl der Temporären im Verhältnis zur Stammbelegschaft auf. Der Anteil der größeren Betriebe, in denen 5 bis 20 Prozent der Beschäftigten ausgeliehen sind, wuchs zwischen 2002 und 2006 auf knapp 36 Prozent unter allen Betrieben mit Leiharbeit. 10 Prozent der Entleihbetriebe galten 2006 sogar als Intensivnutzer mit mehr als 20 Prozent Zeitarbeitern. 1998 gab es davon erst knapp 5 Prozent, 2002 waren es sogar nur 2 Prozent.

Leih-Einsatz als Personalstrategie. Insgesamt verschiebt sich der Schwerpunkt des Leiharbeitseinsatzes hin zu den größeren Betrieben, die oft ein professionelles Personalmanagement haben. Betriebe mit einer geringeren Leiharbeiterquote unter fünf Prozent setzen dabei wahrscheinlich weiterhin darauf, so kurzfristige Auftragsschübe abzuarbeiten. Dagegen sehen die Wissenschaftler bei den intensiveren Nutzern “ein planvolles Vorgehen, welches über das Abfedern von Auftragsspitzen hinausgeht”. Solche Unternehmen könnten mit Leiharbeitern auch eine “Strategie zur

Senkung der Lohnkosten verfolgen", vermuten die Forscher.
Quelle: Böckler Impuls

14. **Rürup fordert "Notoperation" für Gesundheitsfonds**
Wirtschaftsexperte Bert Rürup forderte dagegen eine "Notoperation" am Gesetz, da die Auswirkungen eines hohen Anteils an Geringverdienern durch den Gesundheitsfonds ausgeglichen werden müsse und nicht durch Zusatzbelastungen der Mitglieder der betroffenen Kasse. Krankenkassen mit vielen Geringverdienern seien mit dem derzeitigen Entwurf vom Zusammenbruch bedroht, und zwar unabhängig davon, wie effizient die Kasse arbeite.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung: *Das ist typisch für unsere „Experten", sie agieren nach dem alten Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. War Rürup nicht sogar von der Kanzlerin als Berater bei der Gesundheitsreform eingeschaltet worden?*

15. **36 Prozent Zinssteuern sind optimal**
Über wenige Dinge herrscht in der ökonomischen Wissenschaft so viel Konsens wie darüber, dass Kapitalerträge am besten gar nicht besteuert werden sollten. Eine neue makroökonomische Studie zeigt nun: Wenn man die theoretischen Modelle zur Analyse der Steuerwirkungen nur etwas realitätsnäher gestaltet, gerät die Mehrheitsmeinung massiv ins Wanken.
Quelle: Handelsblatt
16. **Nebeneinkünfte der Abgeordneten**
Hier erfahren Sie u.a., welches die

    - Abgeordnete mit den meisten angegebenen Arbeitgebern
    - Abgeordnete mit den höchsten angegebenen Nebeneinkünften
    - Arbeitgeber der meisten Abgeordneten
    - Arbeitgeber mit den höchsten angegebenen Zahlungen an Abgeordnete sind.

Quelle: www.nebeneinkuenfte-bundestag.de

Anmerkung: *Die Abgeordneten, die vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die*

Veröffentlichungspflicht geklagt haben, wie Friedrich Merz, sind offenbar noch nicht erfasst. Die Zahl der Arbeitgeber, die dort angeführt ist, scheint auch eher irreführend. Wenn jemand wie Hermann Scheer auf vielen Veranstaltungen Referate etwa für die Solarenergie hält, dabei ein gewiss nicht allzu üppiges Honorar erhält und auch noch so fair ist, das alles ordentlich anzugeben, dann ist der Ehrliche mal wieder der Dumme.

Siehe dazu auch:

Politiker a.D. in ihren neuen Jobs
Eine 15teilige Bilderreihe mit Erläuterungen.
Quelle: SZ

17. **Jens König: Die persönliche Rendite**
Frust über die eigene Partei plus Charakterschwäche plus Lobbytätigkeit macht: eine Politikerbeschimpfung à la Clement.
Quelle: taz